

Volks-Zeitung

Der neue Waffenstillstand.

Bern, 12. Februar. (L. R.)

Nach Pariser Informationen des Vertreters der Telegraphen-Kompagnie, hat der Oberste Kriegsrat der Alliierten eine Sonderkommission mit der Festlegung der neuen Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland betraut. Ihre Entschlüsse sollen morgen endgültig formuliert werden. Sie erstrecken sich sowohl auf wirtschaftliche, militärische und maritime Fragen, wie auf die Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg. Die deutsche Regierung soll eine kurze Frist dafür gewährt werden, ob sie die Bedingungen anzunehmen gewillt ist. Bevor die Alliierten zur Brodierung eines neuen Ultimatus an Deutschland schreiben, beabsichtigen sie, Informationen darüber einzuziehen, inwieweit die Weigerung Deutschlands auf tatsächlichen Nicht-Erfüllen oder auf bösem Willen beruht. Die Vertreter der französischen Regierung im Obersten Kriegsrat haben die Forderung ausgesprochen, daß die neuen Waffenstillstandsbedingungen die Friedensbedingungen für Deutschland im Keime enthalten sollen.

Die neuere Nachrichten über die Sitzungen des Entente-Kriegsrats, in der die neuen Waffenstillstandsbedingungen beraten wurden, zerstören jeden Zweifel daran, daß England und Frankreich es auf Deutschlands völlige Vernichtung abgesehen haben. Man erhebt Anfragen gegen uns, die das Mißtrauen durch ein mindestens gut gezieltes Mißtrauen, vielleicht auch ein ehrliches, das immer noch unter dem Eindruck unserer früheren Politik zu stehen scheint; man macht uns Zumutungen, die unser Selbsterhaltungstrieb einfach ablehnen muß, wenn wir leben wollen. Gegenüber solchem Nebelwollen aber gilt es, eine neue Taktik der ruhigen Entschlossenheit, eine Taktik des festen Willens einzuführen. Wir sind jetzt frei von jener Vergangenheit, die uns einmal so schwer belastete, besiegte waren wir einmal. Gewiß, die Folgen unserer Niederlage greifen mit eiserner Fingern in unsere neue Zeit, wir müssen sie ertragen, soweit sich eben Geschehenes nicht ungeschehen machen läßt, doch damit ist es genug. Lasten auf uns zu nehmen, die uns Willkür und Bosheit aufzuden müßten — das brauchen wir nicht und das wollen wir nicht; Buße tun sollen für Sünden, an denen wir keine Schuld haben, das ist wider den Willen und wider die Gerechtigkeit. Das ist wider den Entente klar gemacht worden. Unsere Waffenstillstandskommission muß den Mut finden, zu erklären: Wir können keine weiteren Opfer bringen, wenn wir nicht zu Grunde gehen wollen, und wir machen keine weiteren Zugeständnisse. Seid ihr damit nicht einverstanden, so tut, was ihr nicht lassen könnt.

Wir haben die Waffen niedergelegt im Vertrauen darauf, daß Wilsons Grundsätze auch von den anderen anerkannt würden. Auf dieser allgemeinen Anerkennung bestehen wir. Wilson, heißt es, glaubt an die deutsche Demokratie; er verlangt in den Sitzungen einen schnellen Frieden, einen Frieden, der auch Deutschland befriedigt. Er hat einen schweren Stand gegenüber dem Haß und der Beutegier der anderen, und an uns ist es, ihn zu stützen. Frankreich und England aber fürchten ein Wiedererwachen der deutschen militärischen Kraft, verlangen, unsere gegen die Polen kämpfenden Truppen zurückzunehmen; Amerika ist der Ansicht, daß wir im Augenblick über unsere ganze Armee verfügen können müssen. Zu dieser Erkenntnis sollten auch Clemenceau und Lloyd George gebracht werden; denn auch ihre Geographie wird sie lehren, daß von den Polen zu den russischen Bolschewisten nur ein kurzer Weg ist. Und wenn Rußland noch zehntmal schreit: „Moi je cogne“ (ich haue) — die Zukunft Deutschlands hängt auch davon ab, daß wir der Bolschewisten und Polen Herr werden.

Die gestohlenen chinesisch-japanischen Geheimverträge.

Japan droht China mit Krieg.

New-York, 11. Februar. (Reuter.)

Der Washingtoner Vertreter der „Associated Press“ telegraphiert: Einem hier eingetroffenen amtlichen diplomatischen Bericht zufolge hat Japan im Prinzip mit Krieg gedroht, wenn China die Geheimverträge beider Länder veröffentlicht und seine Vertragspflichten nicht erfüllt. Japan zu Deutschlands Nachfolgerin im Recht, im Eigentum und in den Konzessionen zu machen, die Deutschland bei Ausbruch des europäischen Krieges besaß. China sucht bei Großbritannien und den Vereinigten Staaten Unterstützung angeht die Haltung Japans, die erste Befürchtung unter den Vertretern der alliierten Mächte hervorruft. Die verlautet, sind die Abschriften der Geheimverträge aus dem Gepäc der chinesischen Friedensdelegierten gestohlen worden, als sie durch Japan reisten, und daher sind diese nicht in der Lage, die Geheimverträge auf der Friedenskonferenz zu veröffentlichen.

Ein neuer Vorschlag Wilsons.

Übernahme der Kriegsschulden durch den Völkerbund.

Lugano, 12. Februar. (L. R.)

Nach einer Meldung der „Stampa“ aus Paris hat Wilson in der Kommission den Vorschlag gemacht, die Kriegsschulden der Alliierten auf den Völkerbund zu übernehmen.

Deutsche Gefangene in Rußland. Wie wir hören, befinden sich noch insgesamt etwa 45 000 deutsche Kriegs- und Zivilgefangene in Rußland, davon 40 000 in Sibirien, darunter 400 Offiziere und etwa 16 000 Soldaten, außerdem etwa 2500 Mann in Kuristan und 2000 bis 2500 in den Kasakenprovinzen und im

Die Kämpfe um Bromberg.

Abbruch der Abwehr-Offensive wegen politischer Streitigkeiten.

Bromberg, 11. Februar. (Privat.)

Die vor einigen Tagen so hoffnungsvoll begonnene deutsche Offensive bei Bromberg mußte wegen innerpolitischer Streitigkeiten bei den Kampftruppen plötzlich abgebrochen werden. Die deutschen Truppen hatten sich südlich der Bahnhöhle Bromberg-Schneidemühl eine brückenartige Stellung in der Linie Schneidmühl-Neulirichen-Samotlenki geschaffen und waren dem Erfolg auf Czinn und Schubin vorgestoßen. Da traten

politische Streitigkeiten

hindernd in den Weg. Der Bromberger Kommandant hatte den Kriegsministererlaß über die Soldatengewalt nicht anerkannt, die Truppen jedoch erkannten den Erlaß an, brachen die Gefechtsstätigkeit ab und wählten einen neuen Soldatenrat. Infolge dieser Ereignisse in der vordersten Linie mußte die Offensive abgebrochen werden. Die Truppen mühten hinter Steinburg zurückgenommen werden, nur eine Kompanie der republikanischen Soldatenwehr, deren Führer Leutnant Parthenheimer sich weigerte, zurückzugehen, blieb in Gränthal trotz aller Warnungen des Abchnittskommandeurs in vorgeschobener Stellung allein zurück. Infolgedessen wurde die Kompagnie bald darauf von den Polen

von drei Seiten mit Uebermacht angegriffen

und fast vollständig aufgerieben. Auch Leutnant Parthenheimer fiel.

Nach der Zurücknahme der Truppen hinter Steinburg wurde nun gestern deutscherseits wieder ein Vorstoß gemacht und die Ortshaus Josephinen, der Brückendamm und Teile von Steinburg wieder erobert. Bei Josephinen wurden sechs Maschinengewehre erbeutet.

Es ist zu erwarten, daß in den nächsten Tagen auch die Störung der Eisenbahnlinie Bromberg-Schneidmühl durch polnische Artilleriefeuer durch den deutschen Vorstoß aufgehoben wird. Der polnische Kommandant Hohenfalsz forderte alle aktiven und Reserveoffiziere in Stadt und Kreis Hohenfalsz, ebenso die Militärbeamten und Unteroffiziere auf, sich auf der Kommandantur zu melden.

Das polnische Bezirkskommando Hohenfalsz hat allen Mannschaften der jungen Jahrgänge, auch den deutschen,

Gesellungsbeehle

ausgelandt. Die Polen zwingen vielfach die deutschen Familien, an ihre männlichen Angehörigen, die außerhalb des polnischen Machtbereichs wohnen, Telegramme zu schicken, sie sollten sofort zurückkehren. Die Zurückgekehrten werden sodann interniert oder zum Eintritt in die polnische Heer gezwungen.

Kaufhaus. Alle übrigen Deutschen sind aus Rußland zurückgeführt worden, soweit sie nicht in die Rote Garde oder in internationale Regimenter eingetreten sind. Bei diesen letzteren Leuten handelt es sich um mehrere Tausend Mann.

Die Lage im Baltikum.

Estland befreit.

Riga, 11. Februar.

Durch den estnisch-finnischen Vormarsch ist nunmehr das ganze Gebiet der estnischen Republik von den Bolschewiken befreit worden. Außer dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Wail sind auch die Städte Wewo und Pelschorb genommen worden. In Kurland ist die Lage vor Wibau seit längerer Zeit unverändert. Auf beiden Seiten sind Verstärkungen eingetroffen. Die deutschen Stellungen an der Windau, vor denen öfters Gefechte stattfanden, sind behauptet worden. Die von den Bolschewiken besetzte Hafenstadt Windau wurde durch englische Kriegsschiffe beschossen. Inzwischen ist auch die in Mittau zurückgelassene Vertretung der deutschen Gesandtschaft von ihrem Amtssitze antsetzt worden. Sie wird seit über zwei Wochen in Wilna von den Bolschewiken unter strenger Bewachung zurückgehalten. Diese sehen in den von ihnen besetzten Gebietsteilen ihr Schutzregiment fort. In Riga werden täglich zahlreiche Personen ohne Unterschied der Nationalität vom revolutionär-bolschewistischen Tribunal zum Tode verurteilt und sodann erschossen.

Das Regierungsprogramm.

Wie den P. B. R. aus Weimar gedrahlet wird, beraten die Reichsparteien über die Festlegung des Regierungsprogramms.

Weimar, 11. Februar. (L. R.)

Ein Entwurf für ein neues Wehrgesetz wird binnen kurzer Zeit, wie hier verlautet, der Nationalversammlung zur Beratung vorgelegt werden. Nach diesem Entwurf soll die allgemeine Dienstpflicht für das zu bildende Volksheer nach dem Muster der Schweiz eingeführt werden. Die Dienstzeit soll also auf sehr kurze Dauer bemessen sein.

Wie weiter gemeldet wird, soll auch der Entwurf eines Gesetzes der Nationalversammlung vorgelegt werden, das sich mit der Regelung der Arbeiterfrage befaßt und unter anderem die Einführung des Arbeitszwanges vorseht.

Wie die P. B. R. an zuständiger Stelle erfahren, ist die Nachricht, daß ein Volksheer an der Friedensparade von 250 000 Mann aufgestellt werden soll, falsch.

Wie weit die polnische Annahme geht, ist auch aus folgendem zu ersehen: Das polnische Bezirkskommando Hohenfalsz hat an die Guts- und Gemeindevorsteher in den von den Polen nicht besetzten Teilen der Kreis Hohenfalsz und Schubin durch die Post als Heeresfache Muster zur Auffstellung von Rekrutierungslisten gesandt. Die ammahende Antwort des obersten polnischen Volksrates auf die Forderung der deutschen Regierung, vor dem Eintritt in die Waffenstillstandsverhandlungen alle

polnischen Truppen aus dem Reichsgebiet zu entfernen,

wird von den hiesigen Deutschen mit Recht als neue Kampfanfrage der Polen empfunden. Unverfroren sind die Entstellung und die Entwicklung der Dinge wohl nirgends entstellter worden als in dieser Antwort. Es ist unüberlegbare Tatsache, daß von Anfang an die Polen auf der ganzen Linie stets die Angriffs waren. Verhandlungen mit den Polen führen nicht zum

„Wie die Vandalen...“

Polnische Kriegführung.

Rawitsch, 11. Februar.

Der Volksrat zu Rawitsch teilt mit: Am 5. Februar bemächtigten sich die Polen des deutschen Städtchens Sarne und des Dorfes Sarnowo bei Rawitsch. Doch wurden sie am 7. Februar wieder vertrieben. Inheren anrückenden Truppen bot sich ein trauriges Bild. Wie die Vandalen hatten die Polen gehaust. Eine gerichtliche Kommission stellte fest, daß für viele Hunderttausend Mark Schaden angerichtet worden ist. Viele Wohnungen in Sarne und Sarnowo wurden gänzlich ausgeplündert und demoliert. Aus den geschickten Vorgängen mögen unsere Volksgenossen in den Grenzbezirken weiter im Inlande ersehen, was ihnen bevorsteht, wenn die polnische Flut sich über sie hinwegwälzt.

Die polnische Kriegführung entspricht voll und ganz der polnischen Wirtschaft.

Polenrache.

Schneidmühl, 12. Februar. (L. R.)

Am Montag wurde auf den Eisenbahnsekretär Borchardt aus Schneidmühl geschossen, der vor einiger Zeit den Zeitungen Berichte über schlechte Behandlung deutscher Gefangener in Polen übermittelt hatte. Er erhielt daraufhin wiederholt Drohbriele. Als Borchardt Montag abend aus dem Dienst kam, folgte ihm ein Mann in den Hausflur und schob auf ihn. Der Schuß ging fehl; die Kugel drang in die Decke. Dienstag früh fand Borchardt in seinem Briefkasten wieder einen Drohbriele, in dem ihm angekündigt wurde, daß der Schuß das nächste Mal besser treffen werde.

Die Unruhen in Hamburg.

Mißglückte Putschversuche.

Hamburg, 11. Februar.

Zu einer heftigen Schießerei kam es heute abend in der Großen Freiheit in Altona. Dort sollte von meist unterbewaffneten Putschern ein Putsch auf die in englischen Garten untergebrachte Kompagnie des Infanterieregiments 31 ausgeführt werden, was nicht gelang. Die Angreifer wurden zurückgeschlagen. Hierauf zogen sie nach der Polizeiwache in Sankt Pauli, wo ihnen daselbst Los zuteil wurde.

Hamburg, 11. Februar.

In der heutigen gemeinsamen Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde die Verordnung betreffend die Reuechlen der Bürgerchaft angenommen mit einigen redaktionellen Veränderungen, durch die die Reuewahl am acht Tage früher gelegt wird. Danach finden die Wahlen bereits am 16. März und nicht am 23. März statt. Heute früh haben 7600 Angestellte der Hochbahn und 5000 der Straßenbahn wegen Lohnstreitigkeiten einen Ausstand begonnen. Der Verkehr ruht.

Der nimmermüde Eisner.

Er will seinen Platz nicht verlassen.

Basel, 12. Februar. (L. R.)

Der bayerische Ministerpräsident Eisner läßt durch eine hiesige Zeitung alle Meldungen dementieren, daß er von der Regierung des Volksstaats Bayern zurückzutreten beabsichtige.

Es gehört doch eine ziemliche Portion einer häufig anzutreffenden besonderen Eigenschaft dazu, um sich dem Reuechtmüde des bayerischen Volkes zum Trotz, so wenig reuechtmüde zu zeigen, wie etwa Herr Eisner dies tut. Ähnliche Reuechtmüde hat Wilhelm II. noch kurz vor seiner Flucht getan.

Ein Volksschullehrer als Kultusminister in Gotha. Aus Gotha wird gemeldet: Staatsminister v. Bassewich, der sich bei Ausbruch der Revolution der Regierung bis auf weiteres zur Verfügung gestellt hatte, trat plötzlich von seinem Posten zurück, weil der Arbeiter- und Soldatenrat den Leiter des gesamten Schulwesens des ehemaligen Herzogtums Gotha, Professor Dr. Rasch, absetzte und den früheren Volksschullehrer Jakob zum Leiter des gesamten Schulwesens ernannte.

„Der Mord an Liebknecht und Luxemburg.“ Unter dieser Überschrift bringt die „Rote Fahne“ eine heftige Anklage gegen verschiedene Offiziere der Gardeavallerie für ihre Beteiligung an den beiden Morden. Die Offiziere sind: „Mord“ an den beiden Spartakusführern beschuldigt werden. Da eine Menge Namen genannt werden und von den Militärgerichten behauptet wird, daß sie „lateinisch“ heißen, ist es Sache der Regierung, sofort für eine reelle Aufklärung der Angelegenheit zu sorgen.